

## **Niederschrift**

über die außerplanmäßige Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich -

Datum: 06.07.2020

Ort: Vereinshaus FSV Grüna-Mittelbach, Karlstraße 243e, 09224 Chemnitz

Zeit: 19:31 Uhr - 21:54 Uhr

Vorsitz: Lutz Neubert

### **Beschlussfähigkeit**

Soll:	13	Ortschaftsratsmitglieder + Ortsvorsteher
Ist:	11	Ortschaftsratsmitglieder + Ortsvorsteher

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr Steffen Beckmann	Freie Wählervereinigung Grüna	dienstlich
Herr Stephan Gleisberg	CDU	privat

#### **Ortsvorsteher**

Herr Lutz Neubert	Freie Wählervereinigung Grüna
-------------------	-------------------------------

#### **Ortschaftsratsmitglieder**

Herr Richard Aurich	Freie Wählervereinigung Grüna
Herr Jens Bernhardt	Freie Wählervereinigung Grüna
Herr Ronny Bernstein	Freie Wählervereinigung Grüna
Herr Bernhard Herrmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Carola Hilkmann	Freie Wählervereinigung Grüna
Herr Oliver Leichsenring	Freie Wählervereinigung Grüna
Herr André Mai	Freie Wählervereinigung Grüna
Herr Robert Natzschka	Freie Wählervereinigung Grüna
Frau Diana Rabe	AfD
Herr Hendrik Rottluff	CDU
Herr Mario Schönfeld	DIE LINKE

#### **Schriftführerin**

Frau Heike Dybeck

---

### **1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**OV Herr Neubert** eröffnet die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna – öffentlich -, begrüßt die anwesenden Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte, Herrn Burghart (Bürgermeister D5), Herrn Wabst (Abteilungsleiter Sozialamt), Herrn Illgen (Schau-steller) sowie Gäste und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit zwölf anwesenden Ortschaftsräten fest. Weiterhin dankt er den Vereinsmitgliedern des FSV Grüna- Mittelbach für die Möglichkeit, die

Sitzung in den Vereinsräumen abzuhalten.

## **2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Somit ist die Tagesordnung festgestellt.

## **3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich - vom 15.06.2020**

---

Da die Niederschrift den Ortschaftsräten erst am 02.07.2020 zugegangen ist und somit die erforderliche Einreichungszeit für Einwendungen bis zur Sitzung nicht gegeben ist, erfolgt die Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift erst in der Sitzung am 24.08.2020.

## **4 Stellungnahmen zu vorliegenden Bauanträgen**

---

**OV Herr Neubert** begrüßt Herrn Burghart und Herrn Wabst und erteilt ihnen das Wort.

**Herr Burghart** führt aus, dass im Anschluss an die letzte Sitzung und der intensiven Diskussion verabredet wurde, dass er in den Ortschaftsrat komme, um die Standortbewertung transparent zu machen. Weiterhin bestünde die Möglichkeit, durch Hinweise der Ortschaftsräte, weitere Standorte zur Bewertung und Prüfung aufzunehmen. Auch weitere Fragen und Themen können besprochen werden. **Herr Burghart** betont, dass er weiterhin im Dialog bleiben möchte.

**Herr Wabst** erläutert, anhand einer Matrix mit Punktesystem, nach welchen Kriterien die Gebäudesuche bewertet wurde. Es galt **räumliche Kriterien** zu bewerten (Anzahl Einzel- und Doppelzimmer, Bewohnerküchen auf den Etagen, Trennung Mann/Frau, Aufenthaltsräume, Gruppenräume, Büro Hausleitung und Sozialarbeiter), **Außengelände** (Trinkplatz, Treffpunkt und Sitzmöglichkeiten), **Infrastruktur** (Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV, Arzt, Apotheke werden nach Metern der Entfernung bemessen), **soziales Umfeld** (Entfernung Kitas, Schulen ebenfalls in Metern bemessen, Vermeidung sozialer Brennpunkte und Gemeinwesen), **Gebäudezustand** (baulicher Zustand, Notwendigkeit baulicher und finanzieller Investitionen, geschätzte Miethöhe, Verfügbarkeit des Objektes, Dauer der Herrichtung) und die **fachliche Bewertung des Trägers** (dieser beurteilt, ob das Gebäude geeignet ist). Weiterhin wurde die Nähe der Wohnbebauung, Naherholung und Wege und Passagen (Wege zu Kindergarten und Schule) betrachtet. Schlussendlich konnten drei Objekte bewertet werden, wobei der Grünaer Hof die höchste Punktzahl erhielt und damit am geeignetsten war.

**OR Herr Bernstein** dankt für die ausführliche Erläuterung. Er möchte wissen, um welche anderen Objekte es sich handelte und was für den Grünaer Hof sprach. Bei Vergabeverfahren sei es auch üblich nicht immer das günstigste Angebot zu wählen, sondern man sortiere aus und entscheide sich für die „Mitte“.

**Herr Wabst** antwortet, dass auch der Grünaer Hof nicht die Gesamtpunktzahl erreicht habe, also müsse man Abstufungen machen. Im Vergleich habe der Grünaer Hof jedoch die höchste Punktzahl erhalten.

**OR Herr Leichsenring** fragt nach, welches die beiden anderen Objekte seien.

**Herr Wabst** führt aus, dass es sich um ein Objekt in Gablenz und ein Objekt in Alchemnitz handelte.

**OV Herr Neubert** möchte wissen, ob sich die Suche um eine Art Ausschreibung handle.

**Herr Wabst** antwortet, dass der Träger auf dem Immobilienmarkt ein freies Objekt suche.

**OV Herr Neubert** meinte, dass die Immobilie in Grüna zu der Zeit keinen Eigentümer hatte. Es gab nur einen Projektträger, der das Projekt in Grüna gern umsetzen wollte.

**Herr Burghart** erklärt, dass die Ausschreibung nur um die Leistung der Personengruppe stattfinde. Daraufhin bewerben sich die Träger und erst danach wird die Frage des Standorts geklärt. Dies ergibt sich anhand der Analyse des Immobilienmarktes. Daher schließt auch der Träger den Mietvertrag mit dem Immobilieneigentümer und nicht das Sozialamt.

**OV Herr Neubert** sagt, dass es auch immer ein wirtschaftlicher Faktor sei und möchte wissen, warum sich die Stadt darauf eingelassen habe.

**Herr Wabst** antwortet, dass das Sozialamt immer die Leistung mit dem Träger, ohne Mietvertrag, vereinbare. Es gehe um die Leistung und der Träger suche das passende Objekt. Man habe einen gesetzlichen Auftrag der erfüllt werden müsse.

**OV Herr Neubert** möchte wissen, welche Kosten die Stadt, für den Umbau des Objektes, trage und welche Kosten auf den Träger fallen.

**Herr Wabst** führt aus, dass der Träger üblicherweise den vorhandenen Mietvertrag vorlege und damit eine Auflistung über alle Kosten (Personal, Miete, Wachschatz). Dieser Kostensatz werde auf das Projekt verhandelt und über Einzelfallentgelte an den Träger gezahlt.

**OV Herr Neubert** vermutet, es müsse Spielräume geben, da zur letzten Sitzung über Personalaufstockung gesprochen wurde. Er möchte wissen, was der Umbau des Objektes kostet.

**Herr Wabst** antwortet, dass dies der Träger mit dem Immobilieneigentümer kläre.

**OV Herr Neubert** liegen Protokolle vom Elternbeirat der Schule vor. Hier wurden die Fragen aus Datenschutzgründen nicht beantwortet. Träger und Sozialamt hätten sich den „Ball hin und her gespielt“.

**Herr Wabst** hatte nicht den Eindruck von diesem Gespräch. Es wurden Fragen beantwortet und Ideen mitgenommen. Es handle sich um ein Vertragsverhältnis zwischen Träger und Vermieter. Die Kosten, die der Vermieter habe, kalkuliere er in seine Miete. In der Kostenverhandlung werde natürlich die Angemessenheit der Miete geprüft.

**OV Herr Neubert** möchte wissen wie der Kostenunterschied zwischen dem jetzigen Träger (SZL) und der Diakonie sei, die sich ebenfalls um die Projektumsetzung

beworben habe. Das SZL sei der einzige Bewerber ohne Immobilie gewesen.

**Herr Burghart** antwortet, dass das Suchtzentrum sich beworben habe und noch kein Objekt feststand. Das sei durchaus üblich. Man bemühe sich um die Leistungserbringung und suche danach die Immobilie. Es werde, im Rahmen des Leistungsentgeltes, auch keine Luxussanierung bezahlt. Die Kosten müssen im ortsüblichen Rahmen liegen. Das Gleiche gelte für die Personalkosten.

**Herr Wabst** ergänzt, dass die Träger üblicherweise ein Objekt haben und den Mietvertrag selbst verhandeln. Darauf habe das Amt keinen Einfluss.

**OV Herr Neubert** mache es den Anschein, dass Grüna als Objekt feststehe.

**Herr Burghart** wiederholt, dass er andere Vorschläge gern entgegennehme und diese dann ebenso bewerten werde.

**OV Herr Neubert** fragt, warum ab nächste Woche das Gebäude entkernt werde.

**Herr Burghart** antwortet, dass es zu unterscheiden gilt. Jemand habe ein Gebäude erworben und dürfe, bis zu einem gewissen Grad, mit dem Gebäude tun was er wolle, auch ohne genehmigten Bauantrag, im Rahmen der Möglichkeiten als Eigentümer.

Eine Baugenehmigung liege noch nicht vor. Herr Burghart könne aber niemandem vorschreiben, was er mit seinem Gebäude mache. Er möchte wissen, wo der rechtliche Konflikt sei.

**OR Herr Aurich** möchte wissen, ob die Trägersauswahl ohne genaue Kalkulation erfolgte.

**Herr Burghart** bejaht dies. Dies sei der übliche Weg solcher Leistungsvergaben. Die Vereinbarungen über die Entgeltverhandlungen werden danach geschlossen.

**OR Herr Aurich** möchte wissen, nach welchen Kriterien die Wahl auf den Leipziger Träger fiel.

**Herr Burghart** antwortet, dass die fachlichen Kriterien (z.B. Erfahrungen) ausschlaggebend waren. Geld spiele erst bei den Entgeltverhandlungen eine Rolle.

**OR Herr Aurich** spricht den neuen Standort der Kindernothilfe an und verliest ein Zitat der Presse. Er möchte wissen, ob Herr Burghart politisch zu dem Standort Grüna stehe und auch politisch verantworte.

**Herr Burghart** sagt dazu, dass er zu einem Standort stehen könne, wenn man für Punkte, die es zu lösen gebe, gemeinsam eine Lösung finde. Kindernotdienst werde nie ein Thema sein, wo man nicht eine Art von Problemlage habe. Trotzdem brauche man diese Einrichtungen. Daher stehe er natürlich politisch dazu. Daher müssen die Probleme, aus Sicht der Grünaer, besprochen werden, um zu sehen ob und welche Lösungen man finde. In diesem Prozess befinde man sich.

**OV Herr Neubert** sagt aus, dass es verschiedene Ratsanfragen gegeben habe, in denen Vorschläge erbracht wurden. Er möchte wissen, warum diese nicht in die Matrix aufgenommen wurden.

**Herr Burghart** fragt nach einem konkreten Beispiel.

**OV Herr Neubert** sagt aus, dass seit 2016 das Sozialamt und Gesundheitsamt nur

einmalig involviert wurden.

**Herr Burghart** antwortet, dies sei nicht korrekt. Sie waren involviert, haben aber nicht hauptsächlich damit zu tun, da die Klientel für das Sozialamt relevant sei. Er spricht das Grundstück am Bahnsteig an. Dies hatte bisher keiner offiziell benannt. Wenn er den Auftrag bekomme, werde er den Standort nach den gleichen Kriterien bewerten, wie die anderen.

**OV Herr Neubert** benennt zusätzlich auch die Neurologie an der Dresdner Straße. **Herr Burghart** möchte bekräftigen, dass es nicht nur um den Standort Grüna ginge. Er wolle primär die Standortbewertung transparent machen. Weiterhin könne gern über alternative Standorte gesprochen werden, wenn diese vorgeschlagen werden. Diese müssen natürlich untersucht werden. Die Vorschläge möchte er gern aufnehmen.

**OV Herr Neubert** möchte wissen, wie der Start im Januar 2021 bei anderen Standorten umgesetzt werden solle.

**Herr Burghart** erklärt, dass sich der Start 2021 auf das Gebäude Grünaer Hof beziehe, da der Eigentümer das als realistisch sehe. Wenn ein anderer Standort gefunden wird, der besser geeignet ist, müsse man sich mit den Themen „unterschiedlicher Mietvertrag“ und „anderer Startpunkt“ auseinandersetzen.

**ORätin Frau Rabe** erwähnt die schnelle Beantwortung ihrer Ratsanfrage. Dazu sagt sie aus, dass die Suche nach dem Objekt bereits 2016 begann, der Beschluss des Stadtrates erst 2018 erging. Wenn der Stadtrat gegen den Beschluss gestimmt hätte, hätte das Sozialamt zwei Jahre lang Mittel und Kapazitäten für eine Standortsuche genutzt, obwohl es keine rechtliche Grundlage gegeben hätte. So könne doch ein Amt nicht agieren.

**Herr Burghart** antwortet, dass nicht alle Mitarbeiter des Sozialamtes zwei Jahre an der Objektsuche beteiligt waren. Seine Erwartung an eine Stadtverwaltung sei schon, dass Themen eigenständig vorgearbeitet werden und nicht darauf gewartet wird, dass ein Auftrag ausdefiniert aus dem Stadtrat erfolgt. Themen und Problemlagen sollten erkannt und Lösungsvorschläge vorgearbeitet werden. Wenn Dinge abgelehnt werden kann das zwei Ursachen haben. Entweder war die Vorarbeit nicht gut, oder die Perspektive der Stadträte entwickelt sich anders. Damit müsse man umgehen, dies seien normale Prozesse.

**ORätin Frau Rabe** kann das Argument verstehen, aber es hätte ausarten können, wenn alles vorgearbeitet wird, was irgendwann beschlossen werden könnte.

**Herr Burghart** bittet darum, den Mitarbeitern des Sozialamtes ein gewisses Maß an fachlicher Kompetenz zuzutrauen. Es werde themenbezogen vorgearbeitet, wo Handlungsbedarf sei.

**ORätin Frau Rabe** fragte nach Rücktrittsklauseln im Mietvertrag. Hierbei wurde geantwortet, dass es nur die Möglichkeit der außerordentlichen Kündigung gibt.

**Herr Burghart** bestätigt, dass es keine Rücktrittsklauseln gibt.

**OV Herr Neubert** dankt Herrn Wabst, der Rückgrat zeigt und sich dem Gremium stellt. Dies hätte er von der Leiterin des Sozialamtes erwartet.

**OR Herr Herrmann** bezieht sich auf die Ratsanfrage von ORätin Frau Rabe und

gibt zu bedenken, was man damit erreichen wolle. Es sei niemandem geholfen, wenn Grundsatzfragen der Kommunalpolitik diskutiert werden. Nach seiner Einschätzung, wäre es originäres Verwaltungshandeln. Nicht für jedes Thema gibt es einen Stadtratsbeschluss. Er bittet Herrn Burghart den Standort der Neurologie und den Standort am Bahnhof zu bewerten.

**OR Herr Rottluff** sagt aus, dass Einigkeit bestehe, dass das Projekt nicht an der Schulgasse entstehen soll. Er bittet die genannten Standorte nach den Aspekten der Matrix zu begutachten und im September über den neuen Stand zu berichten.

**OV Herr Neubert** gibt zu bedenken, dass über den Bauantrag abzustimmen sei. Er sei irritiert, warum der Ortschaftsrat eine Ausweichmöglichkeit darbringen soll. Bereits zur letzten Sitzung wurden Standorte benannt, welche Herr Burghart notiert hatte.

Für ihn sei es Druck, dass die Vereine die Integration übernehmen sollen. Er möchte wissen, mit welchem Recht die Stadt die Verantwortung auf die Grünaer überträgt.

**Herr Burghart** antwortet, wenn die Aussage so getätigt wurde, sei es nicht der richtige Ton. Letztendlich seien alle Chemnitzer und man brauche eine Gemeinschaft, um sich zu unterstützen und damit auch die Vereine. Es hätte zwingend am Anfang des Prozesses eine Annäherung zur Bevölkerung und den vorhandenen Strukturen stattfinden müssen. Beim Kindernetz gab es ebenso Ärger, aber auch Unterstützung durch Anwohner. Die Bevölkerung muss nicht unterstützen, aber es wäre wünschenswert und wichtig.

**OV Herr Neubert** erklärt, dass es ein Protokoll darüber gibt. Er freut sich über eine sehr sachliche Diskussion.

**OR Herr Schönfeld** fragt wer die Matrix erstellt habe.

**Herr Burghart** antwortet, dass dies das Sozialamt erledige.

**OR Herr Schönfeld** möchte weiterhin wissen, wie der Werdegang sei, wenn die Anwohner sich absolut dagegen stellen.

**Herr Burghart** erklärt, dass es die Kategorie zusätzliche relevante Kriterien (Wohnbebauung, Naherholungsmöglichkeiten, Schulwege) gibt. Die Faktoren unterliegen einer genaueren Beobachtung beim Vergleich der Standorte.

**OV Herr Neubert** erwähnt, dass die Einbeziehung der Einwohnerschaft ganz wichtig sei. Er betont nochmals, dass es nicht um die betreffenden Menschen ginge, sondern nur um die Standortwahl. Die Leute haben an dem Standort bereits ein gewisses Konfliktpotential, durch den Schulweg. Zusätzlich haben sie keinen Außenbereich, sondern nur einen Parkplatz und eine unmittelbare Wohnbebauung. Das sollte bei einer zukünftigen Standortwahl berücksichtigt werden.

**OR Herr Aurich** stellt positiv fest, dass Herr Burghart an einer Lösung für alle sehr interessiert sei. Es hatten sich mehrere Träger um das Projekt beworben, die auch schon Objekte hatten. Wenn diese Objekte noch verfügbar wären, könnte der Leipziger Träger vielleicht dort zur Miete unterkommen.

**OV Herr Neubert** würde zum Bauantrag hinterfragen wollen, ob die Umnutzung mit der Baugestaltungssatzung konform wäre. Weiterhin würde er nach der Einfriedung fragen und was die alternative Wohnform beinhalte.

**OR Herr Bernstein** sagt, man müsse keine optischen Mängel suchen, um etwas gegen den Bauantrag zu haben. Das Problem sei der Zweck hinter der Nutzungsänderung. Er würde vermutlich den Umbau bei einem anderen Nutzungszweck tolerieren. Der Einbau eines Fahrstuhls sollte nicht Grundlage der Abstimmung sein. Das wäre kleinlich.

**OV Herr Neubert** bittet um Abstimmung.

#### **AZ 20/2383/4/BS**

Der Ortschaftsrat stimmt einstimmig gegen das Bauvorhaben (10 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen).

**OV Herr Neubert** überreicht Herrn Wabst eine Unterschriftenliste der Einwohner von Grüna, die sich gegen das Vorhaben aussprechen.

Der Ortschaftsrat möchte mit Herrn Burghart bezüglich Standortvorschlägen in Kontakt bleiben.

**OV Herr Neubert** dankt für die Ausführungen und verabschiedet Herrn Burghart und Herrn Wabst.

Pause 20:51- 20:58 Uhr

#### **AZ 20/2447/3/BE**

Der Ortschaftsrat hat keine Einwände gegen das Bauvorhaben.

**OR Herr Aurich** bemerkt, dass in Grüna gebaut wurde (Chemnitzer Straße, Dorfstraße) ohne dass Bauanträge eingegangen waren.

**OV Herr Neubert** bestätigt, dass dies bereits beim Baugenehmigungsamt angefragt wurde. Allerdings erfolgte keine Reaktion.

### **5 Vereinsstammtisch**

---

Der Vereinsstammtisch findet am Mittwoch 19:00 Uhr in der Dachsbaude statt. **OV Herr Neubert** hofft, dass der Ortschaftsrat zahlreich vertreten sein wird.

### **6 Planung Veranstaltung bis Ende 2020**

---

**OV Herr Neubert** erklärt, dass die üblichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen und fragt die Ortschaftsräte wie diese in diesem Jahr verwendet werden sollen, da die Kirmes aufgrund der Corona-Situation nicht stattfinden wird. Da ab 17.07.2020 neue Bestimmungen veröffentlicht werden sollen, findet sich vielleicht eine andere Lösung.

Er begrüßt Herrn Illgen (Schausteller) und erteilt ihm das Wort.

**Herr Illgen** würde sich freuen, wenn mit einem Fest in Grüna die Volksfeste wieder begonnen werden dürfen. Auf der Fläche der ard Baustoffwerke würde sich ein Hygienekonzept gut umsetzen lassen, auch wenn auf ein Festzelt verzichtet

werden müsste. Die Schausteller stünden bereits in den Startlöchern. Die Feste, die ab 17.07.2020 stattfinden dürfen seien Prototypen für die Weihnachtsmärkte. Hier wolle die Regierung sehen, inwieweit Neuansteckungen entstehen, um dann zu entscheiden ob Weihnachtsmärkte durchführbar seien.

Die Schausteller hatten in Berlin demonstriert, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Der Pressespiegel war leider sehr verhalten, obwohl die Schausteller mit ca. 10.000 Teilnehmern und knapp 2.000 LKWs, Berlin zum Erliegen gebracht hatten.

**OV Herr Neubert** erklärt, dass der Verwaltungsablauf mit dem eigentlichen Kirmeswochenende am 22.08.2020 schlecht vereinbar sei, da man die Bestimmungen vom 17.07.2020 abwarten müsse. Er schlägt vor über eine Alternativlösung nachzudenken und eventuell den Baumgartentag (26.09.2020) zu vergrößern. Weiterhin bestünde die Möglichkeit den ersten Chemnitzer Bockbieranstich mit der Einsiedler Brauerei zu zelebrieren.

Die Ortschaftsräte diskutieren über das Vorhaben und beauftragen Herrn Illgen die Wochenenden vom 26.09. und vom 10.10. in Betracht zu ziehen. Danach wolle man sich kurzfristig zusammensetzen.

Herr Illgen möchte in Dresden nachfragen, ob bereits Informationen zu den Neuerungen vorliegen.

## **7 Zwischenstand Leitungsverlegung Teich Obere Bergstraße**

---

**Herr Herrmann** berichtet, dass neun von den zwölf anwesenden Ortschaftsräten bei der Verlegung dabei waren und bedankt sich bei ihnen. Weiterhin dankt er den Firmen, Vereinsmitgliedern und Anwohnern, die alle fleißig geholfen hatten.

Weiterhin dankt er der Presse (Morgenpost) für den schönen Artikel.

Ein Teilabschnitt sei bereits fertiggestellt und der Teich fülle sich. Aktuell sei die Leitung teilweise verlegt. Man plane mit den Mitteln für das nächste Jahr, wobei gerade bekannt wurde, dass es die Mittel im kommenden Jahr nicht mehr geben solle. Dies wolle man nicht ohne weiteres hinnehmen, da so viel Einsatz der Bevölkerung ein Geschenk an die Stadt sei. Die zur Verfügung stehenden 7.000 € wurden vermutlich nicht gebraucht, sondern nur ca. 4.000-5.000 €. Da das Material bereits vorhanden sei, könne man im Herbst erneut eine Aktion starten bekomme das Projekt vielleicht diese Jahr weitgehend fertig. Es werde eine Begehung mit dem Forst stattfinden und die Leitungen müssen noch markiert werden. Die Untere Wasserbehörde ist ebenfalls informiert.

**OV Herr Neubert** dankt ebenfalls für die Zusammenarbeit.

## **8 Informationen des Ortsvorstehers**

---

**OV Herr Neubert** informiert über:

- Gespräch mit dem Ministerpräsident/Sachsengespräch
- Treffen der Ortsvorsteher in Grüna am 10.07.2020
- Vorbereitung zum nächsten Doppelhaushalt (Teichsanierung, Turnhalle)
- Schachtwegsanierung – hierzu gab es keine Information
- Verwaltungsausgaben - werden künftig nicht mehr übertragen
- Pilotprojekt Grünpflege - wird im nächsten Jahr nicht fortgeführt
- Infoveranstaltung zu Holzkraftwerk am Reichenbrander Sportplatz



(11.07.2020 11:00 Uhr)

### Buslinie 49

**ORätin Frau Hilkmann** hatte sich mit dem Ortsvorsteher Mittelbach, bezüglich der Buslinie 49 getroffen. Von Seiten der Mittelbacher bestünden Ängste, dass die Buslinie aufgrund mangelnder Fahrgäste eingestellt werde. Man sollte sich innerhalb der drei Jahre (Testphase) für den Erhalt einsetzen. Hierbei wünschen sich die Mittelbacher auch die Unterstützung der Grünaer. Auch wo die Schwerpunkte gesetzt werden sollen, müsse man besprechen. Es wäre schön, wenn sich nach der Sommerpause drei Vertreter von Grüna mit drei Vertretern von Mittelbach der Sache annehmen.

**OV Herr Neubert** sagt aus, dass mehr Wochenendverkehr gewünscht werde, aber die Fahrgastzahlen nicht berauschend seien. Leider seien die Hinweise, welche im Vorfeld angebracht wurden, nicht in die Planung eingeflossen (Einbindung Bestandshaltstellen).

**OR Herr Herrmann** ergänzt, dass man nicht warten dürfe, bis die Linie wieder eingestellt werde. Die Wünsche, die konkret bestehen, könnten für seine Begriffe kurzfristig umgesetzt werden. Warum dies nicht geschehe, könne er sich nur erklären, dass man nicht den Präzedenzfall schaffen wolle und mitten im Jahr Änderungen vornehmen, oder die Forderungen seien widersprüchlich. Er begrüßt das angedachte Treffen der Vertreter.

### Grünflächenpflege

Die Vergabe soll im Herbst stattfinden.

## **9** Anfragen der Ortschaftsratsmitglieder

---

**ORätin Frau Rabe** merkt an, dass die Ratsanfragen zum Wohnprojekt, die sie stellt, aus Gesprächen mit Bürgern resultieren. Sie empfinde nicht, dass es nicht zielführend sei, diese zu stellen, sondern Bürger sollten ihre Fragen beantwortet bekommen.

Das sehe sie als ihre Aufgabe. Sie hofft, dass man innerhalb des Ortschaftsrates auf Augenhöhe miteinander umgehen könne.

**OR Herr Bernhardt** sieht dies als gegeben.

**OV Herr Neubert** versteht die Aussage und freut sich, dass im Ortschaftsrat auch zwei Stadträte vertreten seien. Dass die Kommunikation im Stadtrat eine andere sei, als im Ortschaftsrat, sei ihm bewusst. Das sollte hier aber beiseitegelegt werden.

**10 Benennung von zwei Ortschaftsratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Grüna**

---

Die Niederschrift der Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich - unterzeichnen **ORätin Frau Rabe** und **OR Herr Leichsenring**.  
**OV Herr Neubert** schließt die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna -öffentlich- um 21:54 Uhr.

*04.08.2020*    *Lutz Neubert*  
Datum        Lutz Neubert  
Ortsvorsteher

*06.08.20*    *Diana Rabe*  
Datum        Diana Rabe  
Mitglied  
des Ortschaftsrates

*24.08.20*    *Leichsenring*  
Datum        Oliver Leichsenring  
Mitglied  
des Ortschaftsrates

*04.08.20*    *H. Dybeck*  
Datum        Heike Dybeck  
Schriftführerin

*Die Niederschrift wird vorbehaltlich der Unterzeichnung von OR Herrn Oliver Leichsenring freigegeben.*